

Bonner Zeitung.

Nr. 267.

Abonnement: Vierteljährlich pränumero für Bonn mit Posten 1 Thlr. 5 Gr.; außerhalb der Provinz 1 Thlr. 7 Gr. 4 Pf. Einzelne Nummern 1 Gr.

Samstag, den 18. November.
Ziehensundsfünftiger Jahrgang.

Insertions-Gebühren: für die Zeitungs- oder deren Raum 15 Pf. pro. — Erhöht 10 Pf. für außer nach Sonn- und Festtagen; Sonntags früh wird eine Zeile ausgedruckt.

1865.

Deutschland.

Berlin, 16. Nov. Männer, die sich jetzt mehrere Wochen in den Bauenburgischen aufhielten, um dort Studien über das Land und die Bevölkerung zu machen, verkündigen, daß dieselben überall die beste Stimmung für Preußen herrsche und daß das preussische Militär in bester Eintracht mit der Bevölkerung lebe.

Die Lanenburger sind auch schon mit zahlreichen Orden bedacht worden; der jüngste „Staats-Anz.“ bringt ein längeres Verzeichniß solcher Verleihungen.

Die Kreuzzeitung fährt in ihren Betrachtungen über die preussische Annexionspolitik fort und deutet zum Schluß an, daß Herr v. Bismarck von Napoleon sehr freundlich Offerten gemacht, die aber vor der Hand nicht angenommen werden seien. „Was haben wir Frankreich, was hat Frankreich uns zu bieten?“ fragt sie. Da Preußen nun und nimmer die „guten Dienste“ Frankreichs auf Kosten Deutschlands acquiriren oder eine Einmischung Frankreichs in die inneren Angelegenheiten Deutschlands gestatten werde, so sei das Gebiet, auf welchem gegenwärtig eine Vereinbarung mit Frankreich hätte stattfinden können, nicht allein ein sehr eng begrenztes, sondern es würde auch auf diesem begrenzten Gebiete das Aufheben der preussisch-französischen Allianz und die sich daran knüpfende politische Constellation die unzweifelhafteste Voraussetzung sein.

„So lange Preußen und Oesterreich einig sind“, fährt die Kreuzzeitung fort, „so lange gibt es weder eine schmerzliche, noch eine andere deutsche Frage für Europa, so lange wird nach dem neuesten piemontesischen Ausdruck — wenn auch richtig verstanden in anderem Sinne — selbst Italien eine „Sinnangfrage“ bleiben. Alles, was jetzt zu verhandeln gewesen wäre, konnte daher nur eventuellem und problematischer Natur sein — und wir halten unerseits den Großen Bismarck für einen zu einsichtigen und praktischen Staatsmann, als daß er es für einen besondern Gewinn erachten sollte, sich im Voraus die Hände zu binden. Nicht durch eventuelle Verträge, sondern durch eigene politische Thaten wird und muß das preussische Cabinet die Geschichte weiter entwickeln, um demnächst aus der jedesmaligen aktuellen Sachlage das ihm gebührende Resultat zu gewinnen. Damit ist indeß keineswegs ausgeschlossen, daß man preussischerseits das rechte Verhältniß zu Frankreich in jeder Weise pflegt. Es liegt nicht der mindeste Grund vor, die Eventualität auf die Negativ gegen Frankreich zu stellen. Im Gegentheil, je mehr sich die demnächste Entwicklung der jetzigen Lage einer festen positiven Vorüberlegung entzieht, um so mehr ist es angezeigt, sich alle Thüren offen zu halten, durch welche man anfänglicher Weise eintreten kann. Wir glauben nicht zu irren, daß dies auch von anderer Seite geschehen ist und geschieht, ja, daß man vielleicht schon durch die eine Thüre eingetreten wäre, wenn man eine so freundliche Einladung erhalten hätte, wie sie uns zu Theil geworden ist.“

Die letzten Minister-Conferenzen sollen, wie uns mitgeteilt wird, zu der Entscheidung geführt haben, in der nächsten Landtagsession außer den demnächstigen, alljährlich wiederkehrenden Vorlagen nur ältere, die schon längerer Zeit ihrer Erledigung harren, zu machen und von allen neuen (ausgenommen einige Änderungen der Gewerbe-Gesetze) für's Erste Abstand zu nehmen.

Die Nachricht mehrerer, namentlich auswärtiger Blätter, die auch und vor einiger Zeit zugehen, daß es in der Absicht der Regierung liege, das Kaiserreich demnächst zu verändern, wird uns heute von der Corresp. „St. A.“ als mindestens verfrüht bezeichnet. Allerdings soll diese Angelegenheit schon wiederholt in Anregung gebracht worden, ein näheres Eingehen auf dieselbe bisher aber immer an geiziger Stelle abgelehnt worden sein. So viel steht jedenfalls fest, daß diese Sache in der bevorstehenden Landtags-Session nicht mehr zur Verathung gelangen wird. Dagegen wird auch von dieser Seite versichert, daß ein Gesetz-Entwurf, betreffend die Coalitionsfrage, vorgelegt werden wird, der sowohl Arbeitern, als Arbeitgebern vollständige Coalitionsfreiheit zusichern soll.

Wie kürzlich die „N. A. Ztg.“ beifügt sich jetzt auch die Kreuzzeitung eingehend mit der — schwedischen Verfassung, indem sie in einem längeren Artikel die Vorzüge dieser herrlichen Verfassung anpreist und die alten Schweden als sehr vernünftige Leute bezeichnet. Es gewinnt fast den Anschein, als ob man in diesen Kreisen damit umginge, auch bei uns Propaganda für eine neue Art der Einrichtung von 4 Ständen betreibenden Verfassung zu machen.

Sachgen hat nunmehr seine Bereitwilligkeit, einen Handelsvertrag mit Italien abzuschließen und das Königreich Italien anzuerkennen, kundgegeben.

Der Minister v. Bismarck erwiederte bei dem Feste der Dreierischen Schützen-Gesellschaft auf ein ihm ausgedrücktes Hoch: „Es sei eigentlich bezeichnend für ihn, als Gönner und Beschützer des Schützenwesens betrachtet zu werden, da er sich nicht rühmen könne, je in das Schwärze geflossen zu haben, wobei es vielleicht komme, daß er manchmal ins Schwarze Weiße treffe; er bitte aber, hierin keine politische Anspielung zu sehen, denn wir hätten schon oft die Richtung nach dem Schwarzen Weißen im freundlichsten und friedlichsten Sinne genommen, und die Zeit werde kommen, wo wir es wieder thun würden.“

Die Corresp. „St. A.“ versichert, Oesterreich sei durch aus nicht abgeneigt, die Convention von Basel durch einen neuen Vertrag zu erweitern. Es sei nicht unwahrscheinlich, daß Oesterreich in einiger Zeit seinen Oberbefehlshaber

auf Holstein zurückberufen und die Truppen unter preussischem Oberbefehl einziehen lassen werde. Auf die Weise würde die Verwaltung beider Herzogthümer ausschließlich in preussischen Händen sein.

In der Levinson'schen Angelegenheit will der öffentliche Schriftsteller noch immer kein Ende nehmen. So bringt die „Ber. Kr.“ neuerdings einen Brief des Herrn M. Müller, worin derselbe sich zu der wenigstens überflüssigen Erklärung gedrungen sieht, daß Stadtverordneter Halste bei der ganzen Angelegenheit auch nicht im entferntesten ein persönliches Interesse gehabt habe.

Hieran fügt die „V. R.“ aus einem Schreiben des Dr. Levinson folgendes: „Es scheint mir an der Zeit, ein Replique, und zwar nur thatsächlich zu ziehen, und zwar nach strafrechtlicher und kommunaler Seite. Es ist festzustellen: 1) daß die Angabe, der Verkäufer des Grundstücks hätte sich an mich gewandt und mir für meine Bemühungen zum Ankauf seines Grundstücks, um sich endlich zu zeigen, einen Revers über 500 Thlr. ausgestellt, unwahr. Es steht fest 2) daß, während ich verweilt war, Herr College Halste ausschließlich den Ankauf des Grundstücks betriebe, daß er ihn am 24. Sept. abgeschlossen hat und ich am 28. Sept. zum ersten Male mit ihm darüber sprach. Es steht fest 3) daß ich mein, die ganze Angelegenheit klar darlegendes Schreiben unter der Adresse: „An die Stadtverordnetenversammlung zu Berlin“, in der Registratur derselben am 12. Oct. niedergelegt habe. College Halste war bei der Uebergabe an den Secr. Halste zugegen, College Dr. Gehn hatte ich es kurz vor der Uebergabe speciell vorgezeigt, College Kommandt ist von mir mehrfach, sowohl als das Vorhandensein dieses Schreibens, wie über die Art seines Inhalts in Kenntniß gesetzt worden. Zum Ueberflus bemerke ich für gesunkene Leute, daß derjenige selbstständige Verkäufer über dieses Schreiben nach § 243 al. 8 ein Verbrechen begehen würde. Es steht fest 4) daß, als Herr Müller den von ihm selbst und freiwillig zu einem wohlthätigen oder gemeinnützigen Zwecke bestimmten Revers nach empfangenem Kaufgelde von mir zurückverlangte, ich dies verweigerte und den Revers sofort an die Hauptstiftungskasse zu ediren erklärte, ihn auch, als er darauf zahlte, mit meiner, nach seinem Wunsch ausgestellten Quittung, direct zu Herrn Halste schickte, um dessen weitere Bestimmung einzuholen. Nach alledem steht also fest, daß von meiner Seite nichts unterlassen war, um meine ganze Handlungsweise zwar als ein Internum der Communalbehörden, aber durchaus nicht als eine verdeckte, persönlich eigennützige, wohl gar strafbare zu behandeln. War ein Mann, der seit 20 Jahren als praktischer Arzt im öffentlichen Vertrauen wirkte, der seit eben so lange jederzeit der Sache des Volkes unter vielfacher Unbill gedient hat, nichts Besseres werth, als ungehörig angelagt, verdächtigt, verurtheilt zu werden? Gibt es für die Handlungsweise eines solchen Mannes gar keine anderen Erklärungsgründe, als dünkeltaste Selbstliebe, hochmüthige Arroganz oder gemeinen Eigennutz, schmutzige Geldgier? Ein Mann, unabhängig, wohlhabend, in bestgeordneten Verhältnissen, ist sofort ein gewöhnlicher Spießbube, wenn er 500 Thlr. zu einem öffentlichen, wohlthätigen oder gemeinnützigen Zwecke verlangt und empfängt? Reizt es nicht von einem Abhandeln alles öffentlichen Gewissens, Jedem sofort das Schlechteste zuzutrauen, und zumal wenn es sich um einen Juden handelt? Jude und Geld; kann denn etwas Anderes die Verbindung dieser beiden Begriffe leichter herstellen, als eine Gemeinheit? Ich habe den Mut, diesen ganz besonders faulen Fied in unserer überlängten gesellschaftlichen Misere breit auszurollen; ich scheue nicht, die geheimen Hintergedanken so vieler „Guten“ und wie Brutus „Ehrenhaften“ ans Tageslicht zu ziehen; ich bin unbefangen genug, direct mit dem Finger darauf hinzuweisen und zu sprechen: Das war's. Und wenn einer vielleicht schließ- lich sagen wollte: oder Du hast Dich ja selbst unbenutzen hingemüht? so verneine ich ihn auf den § 83 der Geschäfts-Ordnung für die Stadtverordneten zu Berlin, wonach ich verpflichtet bin, auch außerhalb der Versammlung das Interesse der Commune nach besten Kräften wahrzunehmen und darauf begünstigende Anträge an die Versammlung gelangen zu lassen. Weil ich dies mit meinem Handstücke bei der Einführung gelobt hatte, darum habe ich mich in dieses für die Commune nach meiner Auffassung unvortheilhafte Geschäft gemischt; darum habe ich versucht, die Mehrforderung von 2500 Thlr. herunterzubringen und als dies nicht anging, wenigstens die doppelte Provisionsforderung des Agenten an die Commune einzubringen und zu einem wohlthätigen oder gemeinnützigen Zwecke für die Commune eine Summe zu gewinnen gesucht. Und nun wollen wir noch mit wenigen Worten auch die communale Seite reamiren. Es steht fest, 5) daß die Communalverwaltung im Juni c. daselbst Grundstück 2500 Thlr. billiger hätte kaufen können, wenn es überhaupt ein Bedürfnis gewesen wäre. Es steht fest, 6) daß die Magistrats-Vorlage in einem höchst wesentlichen Punkte, in dem Ueberlegen der Schuldeputation, unvollständig war, und es steht fest, 7) daß trotzdem die Versammlung diese für eine große Geldausgabe doppelt unzulässige Unvollständigkeit sich gefallen ließ, dieselbe Versammlung, welche sonst nicht eiferfüchtig genug sein kann, vollständige Akten zu erlangen. Wenn man erwägt, daß in demselben Augenblicke in der Stadthauptkasse völlige Ebbe war, daß 22,000 Thlr. Baarbestand in ihr über 200,000 Thlr. Ausgaben gegenüberstanden, daß die Commune mit 7 pCt. sich einen Vorkredit bei Herr. Schärer beschaffen wollte; daß eine Schuldenlast durch Ueberproduction in Bauten

vorhanden ist, daß allein die Miethsteuer-Kasse im vergangenen Jahre beinahe 80,000 einzelne Steuer-Executionen hatte vollziehen lassen und daß die Commune überhaupt zum allergrößten Theile nicht aus den Erträgen ihres Vermögens, sondern aus Steuereinnahmen wirtschaftet, aus Steuern, deren ungerechte Vertheilung gerade auf die Schultern der wenig Vermittelten am schwersten drückt; wenn man Alles das erwägt und dennoch nicht begreift, daß ich dazu nicht länger meine Zustimmung geben wollte, dann verfühle ich mein Haupt und schweige. Dr. Moritz Levinson.

Dicht auf diese beiden Altenside läßt die „Reform“ mit der unbedingten Meinung von der Welt als ein „erleuchtetes Beispiel der Preisschätzung des Grund und Bodens“ das nachstehende Geschichtchen folgen, zu welchem sich Jeder selbst den Commentar machen kann: Von den Verräthern des Stadtverordneten Wilschly vor dem Reichshofrat Thore, welche von der Commune Behufs Anlage eines südlichen Parks angelauft sind, wurde ein Theil von 45% Morgen vom Stadtverordneten Wilschly vor 2 Jahren für den Preis von 39,500 Thlrn. erworben; ein zweiter Theil von 40% Morgen in diesem Frühjahr für 32,500 Thlr., und es noch der Schlagertermin zur Auszahlung dieser zweiten Summe herangekommen war, hatte die Commune diese 85 Morgen, welche innerhalb zweier Jahre für 72,000 Thlr. erstanden waren, schon wieder für den um 57,000 Thlr. höheren Preis von 129,000 Thlr. angelauft. In ganz kurzer Zeit ist also an der äußersten Weichbild-Grenze der Grund und Boden pro Morgen von circa 4% Thaler auf 8 1/2 Thaler im Preise gestiegen.

(Nachschrift.) Wie die „Bess. Stg.“ mittheilt, hat die Rathskammer des Stadtgerichts die Ansicht ausgesprochen, daß der Stadtverordnete Dr. Levinson nicht als Beamter im Sinne des Gesetzes zu betrachten sei. Es soll deshalb einfach die Anklage wegen Betrugs gegen denselben eingeleitet werden sein.

Herr de St. Hubert, ein belgischer Industrieller, ist in diesen Tagen von dem Handelsminister, Grafen Janssens, empfangen worden, um demselben den eben so umfassenden als wichtigen Plan einer Kanalisation der Oder und der March behufs der Verbindung der Oise mit der Donau vorzulegen. Der Handelsminister hat Herrn de St. Hubert die von dem Geh. Ober-Baurath Beder entworfenen Kanalisations- und Abwasserpläne der Oder und ihrer ganzen Stromgebiete zur Benutzung bei den durch sein Unternehmen noch ferner erforderlichen Vorarbeiten zustellen lassen. Auch die österreichische Regierung ist Herrn de St. Hubert wohlwollend entgegengekommen, und sollen sich bezüglich der Kanalverbindung mit der Donau und March erhebliche Schwierigkeiten nicht herausstellen.

Die von dem großen Generalstab im Jahre 1860 begonnenen und seither unter der Direction des Generals-Lieutenant v. Bapier stehenden Längengrad-Bermessungen sollen ursprünglich, da sie nur auf die Dauer von 6 Jahren berechnet waren, mit diesem Jahre zu Ende geführt werden. Da jedoch während der Vermessungen mehr Punkte festgestellt worden sind, als ursprünglich beabsichtigt wurden, und da namentlich während des Jahres 1864 wegen des deutsch-dänischen Krieges in dieser Angelegenheit wenig oder gar nichts geschehen konnte, so werden diese Vermessungen nicht nur im nächsten Jahre fortgesetzt werden, sondern es dürften dieselben auch im Jahre 1866 vielleicht noch nicht zu Ende kommen, so daß dann auch noch der Sommer des Jahres 1867 zur Hälfte genommen werden muß.

In Betreff des Baues der National-Galerie sind bisher, was die eigentliche Ausführung betrifft, noch keine Schritte geschehen, was wohl in der bereits vorgedachten Jahreszeit seinen Grund hat. Im nächsten Frühjahr wird der Bau in Angriff genommen, und es wird das Gebäude dicht am neuen Museum errichtet, wie dies schon wiederholt gemeldet worden ist. Inzwischen dauern die Erweiterungen für die National-Galerie fort, und es ist kürzlich noch ein Werk des früheren (1850 verstorbenen) Directors der Kunst-Akademie, Bildhauers Dr. Gottfried Schadow, der Sammlung einerlei worden. Von der Ernennung eines Nachfolgers Schadow's verlautet wieder nichts; vor einiger Zeit wurde Kaulbach als für diese wichtige Stelle gewonnen bezeichnet. Die hiesige Universität hatte bei Herrn Jubelstier vor fünf Jahren diesen Künstler zum Ehren-Doktor der Philosophie und Magister der freien Künste ernannt. Der vorgerückte Profe von Meyerbeer's „Africainen“ mochte auch Se. Maj. der König, und zwar bis 11 Uhr Abends bei. — Man geht jetzt mit dem Plane um, die in der Stadt befindlichen Galerien weiter hinaus vor die Thore zu verlegen. Es versteht sich, daß eine solche Verlegung nur allmählig erfolgen kann. Der Militärklub wird, wenn er zum Verkauf schreitet, für den Grund und Boden, auf welchem die Kaserne jetzt steht, sehr bedeutende Summen einnehmen; so für den Grund der Alexander- und im bedeutend höheren Grade für die Kriemhild-Kaserne. Die Kaufmannschaft hatte die letztere einmal für den Bau der Börse in Aussicht genommen.

Während des abgelaufenen Jahres vom 1. October 1864 bis dahin 1865 haben im Ganzen über 1700 polizeiliche Revisionen bezüglich des Gebrauchs richtiger Maße und Gewichte stattgefunden und sind dabei dieselben über 1500 Unregelmäßigkeiten constatirt worden.

Vor einigen Tagen sind mehrere Perionen zur Charite gebracht worden, welche durch den Genuß richtiger Schweinesfleisch vergiftet worden sind, eine derselben ist sogar an dieser Krankheit bereits gestorben. Wie es scheint, ist auch diese

*) In dem „Preuß. Jahrb.“ mitgetheilt von D. Eickmann.
